



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss
Sitzungsnummer	9. Sitzung
Datum	Dienstag, den 28.02.2012
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	19:30 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

**Anwesend waren:
vom Gremium:**

Ausschussvorsitzende Dr. Greis,	B90/Grüne
Stadtverordneter Bursukis,	SPD
Stadtverordneter Droß,	SPD
Stadtverordneter Dr. Ihmels,	SPD
Stadtverordnete Koster,	SPD
Stadtverordneter Hedderich, (i.V.f. Stv. Cloos)	CDU
Stadtverordneter Breidsprecher, (i.V.f. Stv. Lang)	CDU
Stadtverordneter Schneiderat,	CDU
Stadtverordnete Borchers, (i.V.f. Stve. Öztürk)	B90/Grüne
Stadtverordneter Lautz,	FW
Stadtverordneter Wolf,	FDP

vom Magistrat:

Stadtrat Borchers,	B90/Grüne
--------------------	-----------

von der Verwaltung:

Herr Wein, Rechtsamt	ohne
Herr Hartert, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften	ohne
Herr Adami, Planungs- und Hochbauamt	ohne
Herr Brück, Planungs- und Hochbauamt	ohne

Herr Heller, Tiefbauamt	ohne
Herr Dr. Klein, Amt für Umwelt und Naturschutz	ohne
Herr Dr. Klemm, Amt für Umwelt und Naturschutz	ohne
Herr Hasse, Stadtbetriebsamt	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Nickel, als Schriftführer
Frau John

ferner waren anwesend:

Stv. Kinkler, SPD-Fraktion
Stv. Pohl, SPD-Fraktion
Frau Bill, Seniorenrat

AV Dr. G r e i s eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Sie schlug vor, die Drucksache 0779/12 - I/160 „Umgestaltungsmaßnahmen an den Bushaltestellen Freiherr-vom-Stein-Schule inkl. Neugestaltung der Zu- und Ausfahrt der Schule an der Brühlsbacher Warte“ als TOP 1 auf die Tagesordnung zu nehmen. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Die Ausschussmitglieder befürworteten einstimmig die so ergänzte

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1

0779/12

Umgestaltungsmaßnahmen an den Bushaltestellen Freiherr-vom-Stein-Schule inkl. Neugestaltung der Zu- und Ausfahrt der Schule an der Brühlsbacher Warte

I/160

TOP 2

0658/11

Integriertes Entwicklungskonzept Lahnpark

I/142

TOP 3

0761/12

Bebauungsplan Nr. 8 „Dillfeld“, 2. Änderung, in Wetzlar, Stadtteil Hermannstein - Einleitungsbeschluss -

I/156

TOP 4
0741/12
Memoriam-Garten
I/150

TOP 5
0780/12
Energieversorgung Stadthalle Wetzlar
Prüfungsauftrag
I/157

TOP 6
0781/12
Energieversorgung Neues Rathaus
Prüfungsauftrag
I/158

TOP 7
0754/12
Handy-Parksystem
Prüfungsauftrag
I/148

TOP 8
Kalksteinbruch „Malapertus“, WZ-Hermannstein
- Sachstandsbericht -

TOP 9
Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 24.01.2012

TOP 10
Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1
0779/12
Umgestaltungsmaßnahmen an den Bushaltestellen Freiherr-vom-Stein-Schule inkl. Neugestaltung der Zu- und Ausfahrt der Schule an der Brühlsbacher Warte

AV Dr. **G r e i s** erinnerte im Gesamtzusammenhang an die ursprüngliche Vorlage, die jedoch nicht zur Abstimmung gelangt sei. Stv. **W o l f** möchte Aufklärung im Blick auf die lange Einfahrt zur Pestalozzischule hin. Dies sei der besonderen Situation des Schülerkreises der Pestalozzischule geschuldet. Die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen seien durchgeführt worden. Ferner könne die normale Busandienung vom Tiefbauamt nicht geändert werden, konstatierte Herr **H e l l e r**. AV Dr. **G r e i s** interessierte zu erfahren, wieviel Busse gleichzeitig stadteinwärts halten könnten. Herr **H e l l e r** ant-

wortete, es bestehe die zeitgleiche Haltemöglichkeit für zwei Busse.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 2

0658/11

Integriertes Entwicklungskonzept Lahnpark

Herr **H a r t e r t** knüpfte mit ergänzenden Ausführungen an das integrierte Entwicklungskonzept Lahnpark, das von einem Planungsbüro erstellt und bereits verteilt worden sei, an. Insbesondere erwähnte er, dass der Naturschutz von Anfang an beachtet worden sei. Die Maßgaben der Unteren Naturschutzbehörde seien „eins zu eins“ umgesetzt worden. Auch sei das Regierungspräsidium, welches alle Informationen erhalten habe und erhalte, involviert. Ferner hätten die Planer auch eigene Ideen eingebracht. Er weise darauf hin, dass die anderen beteiligten Kommunen dem vorliegenden Beschlussvorschlag in diesem Wortlaut einstimmig zugestimmt haben.

Stv. **D r o ß** fragte nach, warum es in der Gemeinde Heuchelheim Kritik hinsichtlich des integrierten Entwicklungskonzeptes gegeben habe und ob die Machbarkeitsstudie in diesem Konzept berücksichtigt worden sei. Im Blick auf die in der Gemeinde Heuchelheim gemachten kritischen Äußerungen führte Herr **H a r t e r t** aus, dass in der Öffentlichkeit ein Informationsdefizit bestanden habe. Hinsichtlich der Machbarkeitsstudie sei einiges in dieses sehr viel intensivere Konzept eingeflossen.

AV Dr. **G r e i s** betonte, dass dieses integrierte Entwicklungskonzept wesentlich intensiver als die Machbarkeitsstudie sich mit der Angelegenheit befasst habe. Sie rege ferner an, den Sachverhalt im Ortsbeirat Dutenhofen und dem Ortsbeirat in Naunheim nochmals zu erörtern. Er habe die Anregung aufgenommen, so Herr **H a r t e r t**. In gleichem Maße sei dann auch mit dem Ortsbeirat in Garbenheim zu verfahren.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** schlug vor, die Vorlage im Geschäftsgang zu belassen, damit man sich alles nochmal ansehen könne, und zwar unter Einbeziehung der betroffenen Ortsbeiräte und des Naturschutzbeirates. StR **B o r c h e r s** wies darauf hin, dass die Stadt Wetzlar hinsichtlich der Beschlusslage gegenüber den anderen beteiligten Gebietskörperschaften (Stadt Gießen, Gemeinde Heuchelheim, Gemeinde Lahnau) nachhänge. Um gemäß Ziffer 3 des Beschlussvorschlages tätig werden zu können, könne man den Grundsatzbeschluss nicht nochmals schieben. Nach dem Grundsatzbeschluss ergäbe sich dann die richtige Reihenfolge der Behandlung, und zwar Ortsbeiräte, Naturschutzbeirat und Fachausschüsse.

Stv. **D r o ß** bat darum, die Protokollauszüge der Ortsbeiräte Garbenheim und Dutenhofen in dieser Angelegenheit dieser Niederschrift als Anlage beizufügen. Es sei festzuhalten, so Stv. **D r o ß**, dass Einzelmaßnahmen nur bei Zustimmung der betreffenden Gremien getätigt werden.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 3

0761/12

Bebauungsplan Nr. 8 „Dillfeld“, 2. Änderung, in Wetzlar, Stadtteil Hermannstein - Einleitungsbeschluss -

Stv. W o l f interessierte zu erfahren, warum die neue Anbindung zur B 277 in die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 nicht einbezogen worden sei. Dies liege darin begründet, so Herr B r ü c k, dass es sich um ein vereinfachtes Verfahren handle. Wegen diesem vereinfachten Verfahren habe sie, stellte AV Dr. G r e i s fest, gewisse „Bauchschmerzen“. Sie interessiere ferner der Sachstand hinsichtlich der Spundwände. Hierzu gab Herr B r ü c k Auskunft, dass die von Buderus zu erstellende Spundwand stehe. Ansonsten fehle noch im Bereich der Dillbrücke ein zu errichtendes Teilstück. Herr B r ü c k gab ferner zur Kenntnis, dass der Ortsbeirat Hermannstein dieser Vorlage einstimmig zugestimmt habe.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 4

0741/12

Memoriam-Garten

AV Dr. G r e i s fand, die Anlage eines Memoriam-Gartens auf dem Neuen Friedhof sei eine schöne Sache. Stv. D r o ß bat um Auskunft darüber, ob eine solche Maßnahme auch auf anderen Friedhöfen machbar sei. Herr H a s s e wies darauf hin, dass man für eine solche Anlage eine gewisse Friedhofsgröße benötige. Diese Größe zu erreichen sei schwierig bei den Stadteifriedhöfen.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 5

0780/12

Energieversorgung Stadthalle Wetzlar Prüfungsauftrag

Stv. B r e i d s p r e c h e r vertrat die Auffassung, dass die Tagesordnungspunkte 5 und 6 hinsichtlich der Nutzung von Blockheizkraftwerken identisch seien. Bezogen auf die Stadthalle frage er nach, ob eine bestimmte Jahres-Betriebsstundenzahl, z. B. 5.000 Betriebsstunden, gegeben sei. Die Verwaltung müsse sich damit befassen. StR B o r c h e r s erklärte, der Magistrat habe in dieser Angelegenheit noch keine Stellungnahme abgegeben. Es sei die Frage, ob sich das Vorhaben ökonomisch und ökologisch rechne.

Im Zuge der Prüfung, merkte Stv. Dr. I h m e l s an, sei auch alternativ die Realisierung der Maßnahme durch einen Investor (Contracting) zu prüfen, weil ggf. die Durchführung des Vorhabens durch einen privaten Investor evtl. preiswerter sein könne. Dies wäre dann lukrativ für beide Seiten.

Abstimmung: 8.0.3

TOP 6
0781/12
Energieversorgung Neues Rathaus
Prüfungsauftrag

Stv. B r e i d s p r e c h e r bat um Zurverfügungstellung des bereits vorliegenden Gutachtens hinsichtlich der Energieversorgung des Neuen Rathauses. Auch zeigte er sich hier interessiert zu erfahren, ob in diesem Falle auch 5.000 Jahresbetriebsstunden zusammen kämen, dies vielleicht in Verbindung mit einer Klimaanlage. Die technischen Voraussetzungen dazu seien aber im Neuen Rathaus fraglich. Des Weiteren möchte er gerne den von der Kreisverwaltung geschlossenen Contracting-Vertrag hinsichtlich der Energieversorgung einsehen.

Stv. Dr. I h m e l s machte darauf aufmerksam, dass bei dem von der Kreisverwaltung durchgeführten Verfahren die Fa. eon die anderen Mitbewerber „ausgestochen“ habe. Er frage sich aber, warum man ohne Ergebnis dies alles diskutieren solle. Er schloss sich dem Wunsch von Stv. Breidsprecher an, das alte Gutachten einzusehen.

Abstimmung: 8.0.3

TOP 7
0754/12
Handy-Parksystem
Prüfungsauftrag

Stv. B r e i d s p r e c h e r fragte nach, wie ein solches System in der Praxis funktioniere. Stv. P o h l gab Auskunft, dass das ganze Verfahren über SMS gesteuert werde. In dieser SMS teile man mit, wie lange es beabsichtigt sei zu parken. Dann könne das Ordnungsamt prüfen, ob die Buchung für das angegebene Kennzeichen erfolgt sei.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 8
Kalksteinbruch „Malapertus“, WZ-Hermannstein
- Sachstandsbericht -

Herr A d a m i berichtete, der Bruch in den Gemarkungen Hermannstein und Niedergirmes habe seinen Betrieb 2010 eingestellt. Nunmehr sei nach den Vorgaben des Bergrechtes zu verfahren. StR B o r c h e r s gab davon Kenntnis, dass der Rekultivierungsplan aus dem Jahre 1993 stamme. Dieser Plan solle auf Antrag von Heidelberg Cement geändert werden. Hierzu informierte Herr A d a m i darüber, dass eine größere Fläche verfüllt werden solle. Dabei müsse man auf Fremdmaterial zurückgreifen, weil 10 Mio. cbm Aushub zu verfüllen seien. Die Endverfüllung würde sich über einen Zeitraum von ca. 30 Jahren erstrecken. Dann läge die Füllhöhe am höchsten Punkt 12 m über dem umliegenden Gelände. In der Stellungnahme zu diesem Antrag konnte die Stadt Wetzlar der Verfüllung nicht zustimmen, da nach ihrer Auffassung die planungsrechtlichen Voraussetzungen für das Folgenutzungskonzept fehlen.

Stv. H e d d e r i c h fragte nach, wer letztendlich der Entscheider sei. Dies erfolge durch das Regierungspräsidium, konstatierte StR B o r c h e r s. Bezogen auf das Bergrecht wollte Stv. W o l f wissen, ob der Tagebau genau wie der Bergwerksbetrieb rechtlich behandelt werde. Das Bergrecht, so Herr A d a m i, gelte für beide Bereiche. Stv. D r o ß wies darauf hin, dass bei dem Rekultivierungsplan von 1993 eine Gewässerfläche vorgesehen sei. Dies sei bei der beantragten Änderung nicht mehr der Fall. Ihn interessiere es daher, ob es hierfür ökonomische Gründe gebe.

StR B o r c h e r s erläuterte, dass die Firma Cemex, die den Diabasbruch in der Gemarkung Blasbach betreibe, nicht genügend Ablagerungsfläche habe. Die Stadt Wetzlar müsse jedoch die Hand auf dieser Planung haben wegen einer evtl. Gestaltung dieses Geländes als Freizeitfläche. Im Blick auf die Rechtslage fragte Stv. Dr. I h m e l s nach, ob das Regierungspräsidium von den Voten der Stadt abweichen könne. Ein zwingender Konsens sei nicht erforderlich, er werde zu dieser Problematik eine Stellungnahme fertigen, konstatierte Herr W e i n.

Stv. L a u t z fragte nach, wie die Verkehrslogistik für die Befüllung aussehe. Hierzu machte Herr A d a m i deutlich, die Strecke führe vom Diabasbruch über die Landesstraße 3053 zum Befüllungsgelände.

Stv. D r o ß schlug eine Ortsbesichtigung seitens des Ausschusses vor. AV Dr. G r e i s ergänzte, diese Ortsbesichtigung solle zusammen mit dem Naturschutzbeirat stattfinden. Als Termin schlage sie **Dienstag, den 17.04.2012, 16.30 Uhr**, vor. Treffpunkt sei die zentrale Einfahrt des Kalksteinbruches. Der Ausschuss war mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

AV Dr. G r e i s erkundigte sich, ob es vorgesehen sei, auch die Stollen zu befüllen. Dies sei nicht vorgesehen, teilte Herr A d a m i mit.

TOP 9

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 24.01.2012

Mitteilungen

Brückensanierungen B 277 / A 480

Es habe ein Ortstermin mit Herrn Heller und Mitarbeitern von Hessen Mobil stattgefunden, erläuterte StR B o r c h e r s. Derzeit sei eine einspurige Befahrbarkeit gegeben. Wegen des Hessentages sei hinsichtlich des zu erwartenden Verkehrsaufkommens eine jeweilige zweispurige Befahrbarkeit erforderlich. Die Frage von Stv. D r o ß, ob es einen „Plan B“ gebe, verneinte StR B o r c h e r s.

Machbarkeitsstudie Lahnpark

Zur Anfrage von Stv. Droß in der letzten Ausschusssitzung wird ein entsprechender Vermerk der Niederschrift beigelegt.

Städtisches Gebäude Carolinenweg

Zur Anfrage von AV Dr. Greis in der letzten Ausschusssitzung wird ein entsprechender

Vermerk der Niederschrift dieser Sitzung beigelegt.

Anfragen

Pachtsituation Kleingärten

Stv. **D r o ß** wollte zu der Gesamtsituation Auskunft haben. Herr **H a r t e r t** führte aus, dass die Stadt Wetzlar 350 Kleingarten-Grundstücke im Eigentum habe. Diese 350 Kleingärten seien alle verpachtet. Beim Kleingartenverband bestünden jedoch Leerstände. Um eine solche Parzelle zu pachten, müsse man Mitglied des Landesverbandes werden, was über den Stadtverband erfolge. Stv. **D r o ß** möchte eine Übersicht über die Anzahl der städtischen Kleingärten, den Verpachtungsstand und dies auch über die Pachtverhältnisse des Stadtverbandes der Kleingärtner.

Niederschrift vom 24.01.2012

Die o. g. Niederschrift wurde ohne Änderungswünsche einstimmig genehmigt.

TOP 10

Verschiedenes

Energiegutachten für das Neue Rathaus

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** bat beziehend auf Tagesordnungspunkt 6 darum, dass ihm dieses Gutachten vor Beginn der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vorliegen möge.

AV Dr. **G r e i s** schloss, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, die 9. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses.

Die Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

Dr. **G r e i s**

N i c k e l